

### Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 7. Okt. Die internationale Finanzkonferenz hat nachmittags ihre Vollendung zur Prüfung der Berichte der Ausschüsse wieder aufgenommen. Lord Chalmer gab dem Gefühl des Trostes Ausdruck, den nach dieser engen Zusammenarbeit alle Völker empfinden. Ohne sich in phantastischen Hoffnungen zu wiegen, könne man behaupten, daß die Konferenz gezeigt habe, daß es den Völkern möglich sei, sich zur Erörterung der Weltinteressen und zur Organisation des Lebens der Völker zu verständigen. (Alles Phrasen!) Der Redner verlas sodann die Entschliessung des Ausschusses für Finanzen.

Brüssel, 7. Okt. Die Finanzkonferenz hat einstimmig die Entschliessungen des Berichtes der Kommission für die internationalen Kredite angenommen. Präsident Ador teilte mit, ihm sei ein Vorschlag auf Schaffung eines ständigen Organismus zugegangen, der die Ausführung der Entscheidungen der Konferenz in die Hand nehmen solle. Im übrigen hätten alle Ausschüsse ähnliche Wünsche geäußert. Es gehöre nicht zur Zuständigkeit der Konferenz, eine solche Einrichtung zu schaffen, aber sie könne sie befürwortend dem Völkerbund überweisen.

Der Ausschuss für die Verteilung der Ausgaben des Völkerbunds hat ebenfalls der Konferenz einen Bericht erstattet, der dem Obersten Rat übermittelt werden wird. Am Montag findet die Schlußsitzung statt.

### Berichte der Kommissionen.

(W.T.B.) Brüssel, 8. Okt. (Meldung unseres besonderen Vertreters.) Die von der Finanzkonferenz eingesetzten Kommissionen haben gestern ihre schriftlichen Berichte zur Beschlußfassung vorgelegt. In der Öffentlichkeit werden in erster Linie die Resolutionen der Kommissionen für Staatsfinanzen und für das internationale Kreditwesen von Interesse sein. Es sei hier besonders auf den Bericht der 3. Kommission, die über den internationalen Handelsverkehr zu berichten hatte, hingewiesen, welche als einzige Voraussetzung für einen ordnungsmäßigen Handelsverkehr den Frieden im Außen- und im Innern fordert. In dem Bericht der ersten Kommission über die Staatsfinanzen werden die Grundsätze aufgestellt, die für jede ordnungsmäßige Budgetwirtschaft Geltung haben. Es ist sehr bemerkenswert und verdient auch in der breiten Öffentlichkeit hervorgehoben zu werden, daß die Finanzkommission die öffentliche Meinung in allen Ländern für die schlechten Staatsfinanzen und damit für die hohen Kosten der Lebenshaltung mitverantwortlich macht. Es wird da gesagt, daß die öffentliche Meinung noch nicht begriffen habe, daß ihr Wohl von einer geordneten Wirtschaftsgewerke abhängig sei. Zu einer ordentlichen Finanzwirtschaftsgebarung ist die Spannung aller Steuerquellen und die Pflicht, die Ausgaben zu beschränken sowohl von Seiten des Staats als der Privaten. Es wird besonders eine strenge Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke gefordert. Die Kommission schlägt der Konferenz vor, den Völkerbund zu bitten, daß er sobald als möglich mit den Regierungen unterhandeln möge, daß eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen erfolge. Es gebiete auch die Pflicht, den verarmten Völkern der Welt keine Lasten in dieser Hinsicht aufzuerlegen. Des weiteren sprach sich die Kommission einstimmig gegen die Anwendung künstlicher Mittel aus, um die Preise der Lebensmittel und anderen Bedarfsgegenstände herabzusetzen. Eine Stabilität in der Finanzwirtschaft würde nur gewonnen werden können, sobald das wirtschaftliche Leben gut im Gange sei und sobald gearbeitet und gespart werde. Auch der Bericht der 5. Kommission über das internationale Kreditwesen betont, daß der ordnungsmäßige Kreditverkehr sich nur entwickeln könne, sobald unter den Völkern wahrer Frieden herrsche. Jede Unterstützung durch Kredite dürfe daher auch nur den Ländern gewährt werden, die mit ihren Nachbarn im Frieden leben und im Innern der Wirtschaft und der Arbeit in Ruhe nachgingen. Im übrigen hat diese Kommission ein umfangreiches Projekt ausgearbeitet, wonach ein besonderer internationaler Organismus für die Regelung der Kreditbeschaffung unter den Staaten geschaffen werden soll. Das Projekt deckt sich im wesentlichen mit den Gedanken, die in dem Vorschlag des holländischen Bankiers Termoulen entwickelt wurden. — Die Kommissionen haben ihre Berichte gestern der Vollversammlung vorlegen können. Die Berichte wurden einstimmig angenommen. Es ist anzunehmen, daß die Konferenz am Freitag nachmittags ihre Schlußsitzung abhalten wird.

### Wünsche der Konferenz bezüglich des internationalen Handels.

Brüssel, 8. Okt. Betreffend den internationalen Handel spricht die Konferenz eine Reihe von Wünschen aus. An erster Stelle spricht sie ihr Vertrauen aus, daß der Völkerbund keine Gelegenheit vorübergehen lassen werde, die völlige Wiederherstellung und unbedingte Aufrechterhaltung des Friedens zu

sichern. Zum zweiten versichert die Konferenz, daß die Besserung der Finanzlage in hohem Maße von der allgemeinen Wiederherstellung eines guten Einvernehmens zwischen den Völkern abhängt. Drittens scheint es ihr erwünscht, daß jedes Land darnach strebt, die vor dem Krieg bestandene Freiheit des Handels nach und nach durch Abschaffung künstlicher Preisbegrenzungen und Preisunterschiede wiederherzustellen. Viertens betont die Konferenz ihre Überzeugung, daß der Mangel an Stetigkeit der Wechselkurse geeignet ist, die ordnungsmäßige Wiederaufnahme des Außenhandels sehr zu beeinträchtigen.ünftens würde die Konferenz jede Maßnahme freudig begrüßen, die geeignet wäre, von dem Völkerbund getroffen zu werden, damit die Länder, die augenblicklich nicht imstande sind, die für ihre Wiederherstellung nötigen Stoffe zu kaufen, vorübergehend Handelskredite aufbewahrt und zu diesem Zweck geeigneter Grundlage erhalten könnten. Die Konferenz spricht die Überzeugung aus, daß es für die Wiederherstellung des Handels zwischen den Völkern eine Lebensnotwendigkeit ist, daß die großen Verkehrswege der Welt weiter verbessert und vernünftig nutzbar gemacht werden. Die Vermehrung des Gesamtbetrags der Kredite müsse ein Ende nehmen. Sie dürften nur zur Befriedigung wirklich wirtschaftlicher Erfordernisse gewährt werden. Der Handel soll schleunigt von jeder Beaufsichtigung und jeder im internationalen Handel abgeschafften Behinderung befreit werden. Es ist zu wünschen, daß die Länder zur Goldwährung zurückkehren. Die Konferenz zweifelt daran, daß Verträge einer Festlegung des Geldwertes gelingen könnten und glaubt weder an die Nützlichkeit eines internationalen Geldes noch an diejenige einer internationalen Rechnungseinheit. In Ländern ohne zentrale Notenbank sollte eine solche errichtet werden. Jeder Versuch, Schwankungen des Wechselkurses durch eine künstliche Kontrolle der Operationen zu begrenzen ist vergeblich und schädlich. Man solle einen Ausschuss einsetzen, um weiterhin alle brauchbaren Finanzstatistiken, welche der Konferenz überreicht worden sind, zu sammeln.

### Der „Völkerbund“ als Allheilmittel.

Der Ausschuss der Finanzkonferenz stand während seiner Beratungen fortgesetzt unter dem Eindruck der Tatsache, daß alle oder fast alle ihm unterbreiteten Vorschläge bis zu einem gewissen Grad das Eingreifen des Völkerbunds fordern. Die Kommission schließt sich diesem Bestreben einstimmig an und hält es für zweckmäßig, die internationale Zusammenarbeit, die der Völkerbund eingeleitet hat und zur Besserung der allgemeinen Lage und der Wahrung des Weltfriedens zu fördern sucht, auf die finanziellen Fragen auszudehnen.

Die Beschlüsse über die Rüstungen besagen: Eine Prüfung der Lage, wie sie durch jeden der auf der Konferenz vertretenen Staaten geschildert wurde, läßt die Feststellung zu, daß im Durchschnitt noch annähernd 20 Proz. der staatlichen Ausgaben für Rüstungen und Vorbereitungen zum Krieg aufgewendet werden. Die Konferenz versichert nachdrücklich, daß die Welt derartige Lasten weiterhin nicht tragen kann. Nur durch eine Politik aufrichtiger und vollständiger Zusammenwirkens können die Nationen hoffen, die alte Welt wieder zu erreichen. Demgemäß spricht die Konferenz den formellen Wunsch aus, daß der Völkerbundrat sobald wie möglich mit den verschiedenen beteiligten Regierungen in Verbindung trete, um ihre Zustimmung zu einer allgemeinen Beschränkung der drückenden Lasten zu erlangen. Die Konferenz hofft, daß die Versammlung des Völkerbunds, die demnächst zusammentreten soll, verschiedene Maßregeln treffen wird, um dieses Ergebnis herbeizuführen.

### Der Krieg im Osten.

#### Der russisch-polnische Präliminarfrieden.

Kopenhagen, 8. Okt. Einem Telegramm aus Riga zufolge wird die Unterzeichnung des Präliminarfriedens zwischen Polen und Rußland heute Freitag in einer öffentlichen Sitzung erfolgen. In polnischen Unterhändlertreffen wird erzählt, daß die Bolschewiken die polnischen Vorschläge in allen wesentlichen Punkten angenommen haben. Die offizielle Frage ist in den Verhandlungen ausgeschlossen. Die Grenze wird westlicher gelegt, als von der Sowjetdelegation vorgeschlagen wurde. Die russisch-ukrainischen Unterhändler dagegen behaupten, daß das Abkommen auf der Grundlage der polnischen Minimalforderungen zustande kam, die mit der Erklärung des allrussischen Exekutivzentralkomitees zusammenfallen.

#### Die polnischen Ansprüche.

London, 8. Okt. „Daily Mail“ meldet aus Riga, durch die neue polnische Grenze, über die jetzt beraten werde, werde das Staatsgebiet beinahe verdoppelt. Sie beginne in Drissa, östlich Dvinsk, gehe nach Süden bis Baranowitschi, wo sie dem ehemaligen deutschen Grabensystem folge und verlaufe weiter durch Storz und Grodno. Das wichtige Eisenbahnsystem Wilna-

Kowno werde polnisch. Ein neuer polnischer Korridor gebe Polen Zugang zu den lettlandischen Seehäfen und schneide Litauen, Polens gefährlichsten Feind, von Rußland ab.

### Polnisches Hilfesuch an Amerika.

Washington, 8. Okt. (Havas.) Die polnische Gesandtschaft hat das Staatsdepartement angesichts der kritischen Lage Polens um Hilfe gebeten. Sie verlangt Lebensmittel wegen der schlechten Ernte und auch wegen der Verwüstung der Ernte durch die roten Truppen.

### Die litauisch-polnischen Verhandlungen.

Kowno, 7. Okt. (Lit. Tel.-Ag.) Auf Veranlassung der interalliierten Kontrollkommission in Suwalki hat die polnische Heeresleitung die Operationen gegen die litauischen Grenzschutztruppen am 6. Oktober, 10 Uhr vormittags, eingestellt. Die polnische Delegation erklärte sich bereit, die von den Litauern geforderte Curzon-Linie vom 8. Dezember 1919 als Demarkationslinie anzuerkennen. Demgemäß verläuft die polnische Grenze längs dem Njemenfluß, südlich von Marcinkäje, sodann östlich bei Bafstun, wobei Marcinkäje und der Flecken Drany den Litauern verbleiben, jedoch die Eisenbahnstation Drany zu Polen kommt. Dieses beansprucht die Eisenbahnlinie Suwalki—Mita für seine militärischen Transporte. Die Verhandlungen in Suwalki werden in Gegenwart der interalliierten Schiedsgerichtskommission fortgesetzt. Auf litauischer Seite erhofft man eine gütliche Beilegung des Konflikts, befürchtet jedoch für später ein neues polnisches aggressives Vorgehen. Die interalliierte Kommission wird sich nach der litauischen Hauptstadt Wilna begeben, wohin bereits alle Ministerien übergesiedelt sind.

### Frieden zwischen Rußland und Finnland.

(W.T.B.) Kopenhagen, 7. Okt. Aus Helsingfors wird telegraphiert: In der Sitzung der Friedenskonferenz vom Dienstag in Dorpat wurde der Friedensvertrag zwischen Finnland und Rußland definitiv angenommen. Das Abkommen wird in einer Woche unterzeichnet werden.

### Die englisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Rotterdam, 6. Okt. Nach einer Londoner Meldung hat die englische Regierung binnen einer noch festzusetzenden Frist angemessene Bürgschaften von der Sowjetregierung wegen der englischen Gefangenen, der bolschewistischen Propaganda und anderer Fragen verlangt. Die englische Regierung weigert sich bestimmt, dem „Evening Standard“ zufolge, mit dem diplomatischen Vertreter die Verhandlungen über Handelsbeziehungen und andere Fragen fortzusetzen, wenn die Bürgschaften nicht bis zu einem bestimmten Termin gegeben werden. Die Sowjetregierung hat Krassin alle Befugnisse in politischen und Handelsfragen übertragen, die Kamenev befehlen hat.

(W.T.B.) Paris, 7. Okt. Wie „Daily Mail“ erfährt, hat die Sowjetregierung auf das am letzten Sonntag überreichte Ultimatum der englischen Regierung bereits eine Antwort erteilt. Krassin sei bevollmächtigt worden, über alle schwebenden Fragen, sowohl politische als Handelsfragen, zu verhandeln. Das Blatt will aber wissen, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen innerhalb des britischen Kabinetts Meinungsverschiedenheiten veranlaßt habe. Krassin habe vorgeschlagen im Foreign Office vorgesprochen. — (Die Frage, ob die Engländer mit den Bolschewiken wirtschaftliche Beziehungen anknüpfen wollen, wird nun bald zur Scherzfrage.)

London, 8. Okt. Die Agentur Reuter vernimmt, daß die Antwort der Sowjetregierung auf die Note von Lord Curzon über die britischen Kriegsgefangenen und die bolschewistische Propaganda nicht zufriedenstellend ist, da von der Sowjetregierung keine Zusicherungen gegeben worden sind. Allem Anschein nach wird eine Antwortnote nach Moskau gesandt werden.

### Die englischen Handelskammern gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

London, 7. Okt. Der ausführende Rat der Vereinigung der englischen Handelskammern hat sich in einer Entschliessung gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen, solange nicht alle nationalen, kommunalen und Gesamtschulden Rußlands aus der Zeit vor dem Kriege anerkannt werden.

### Zur äußeren Lage.

#### Der Raub des deutschen KongoStaats durch Frankreich.

Paris, 8. Okt. (Havas.) Die Übernahme des Territoriums von Kongo hat am 1. Oktober unter den günstigsten Bedingungen stattgefunden.

#### Polnische Wünsche bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 6. Okt. Wie „Temps“ mitteilt, ist eine Abordnung des polnischen Verteidigungskomitees aus Oberschlesien in

...elegt für die Bes...  
...ebs einschran...  
...ehr um sich. Bei...  
...nur noch an vier...  
...Berke hier müssen...  
...ten. Die Ursache...  
...cho“ hat gemeldet...  
...ungen von Roggen...  
...= 1 000 000 Kilo...  
...hellbronner Abend...  
...er hat aus Sachsen...  
...die Suppenwürfel...  
...weiter verarbeiten...  
...an, die es aber...  
...Mehl zu verkaufen...  
...auf einmischen, be...  
...das Mehl, gab es...  
...Beschleiß wieder...  
...auf neue Konfisi...  
...Ergebnis abzu...  
...abend wurde der...  
...Scheuer er...  
...verzweifelten Tat...  
...Frau und zwei...  
...Nacht auf Dienst...  
...Schmäße ebenfalls...  
...auf außerhalb der...  
...er des Kartoffel...  
...gen Mänsingen—  
...t mann, Calw...  
...bruderei, Calw...  
...on Calw...  
...9 Uhr...  
...onne“...  
...altung...  
...aden...  
...ung...  
...nde, Freunde...  
...g, d. 9. Oktbr...  
...Feier...  
...Sommerhardt...  
...Sommerhardt...  
...in Ulburg...  
...neffstein...  
...dung entgegen...  
...ädchen...  
...sarbeiten erfahren...  
...Stellung...  
...n Haushalt...  
...Piebrenzell...  
...bote unt. L. 9. 234...  
...schäftsstelle ds. Bl...  
...te leberne...  
...ltermappe...  
...u verkaufen...  
...e Marktstr. 84...  
...Hinterhaus...  
...raut...  
...en...  
...espreisen...  
...offenschaft...  
...Stuttgart...  
...und 4831.

Paris angekommen. Diese Abordnung hat die Absicht, vom Völkerbund die Entziehung des Stimmrechts für die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier zu verlangen.

### Lloyd George über die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 7. Okt. Wie das „Journal“ aus London meldet, ist eine neue Zeitschrift „Newport Magazine“ erschienen, in deren erster Nummer eine längere Unterredung mit Lloyd George zum Ausdruck kommt. Der englische Ministerpräsident erklärte darin, daß, was man in Versailles unterzeichnet habe, sei das Mindeste, womit Frankreich sich zufrieden erklärt habe. Der Völkerbund würde erst dann eingreifen, wenn ihm alle Staaten angehören. Man müsse Amerika haben, und auch Deutschland müsse aufgenommen werden, sobald sich ergeben habe, daß die Bedingungen des Vertrages von Versailles von ihm erfüllt werden.

### Vom „inter“-nationalen Arbeitsamt.

Genf, 6. Okt. In seiner Sitzung am Mittwoch Nachmittag nahm der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes zwei Anträge über die Festsetzung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress und den Wahlmodus der Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Verwaltungsrat des internationalen Amtes an. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag des Vertreters der deutschen Regierung, die Dokumente des Arbeitsamtes in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der den Direktor des Arbeitsamtes beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit das Bulletin und die Dokumente eventuell (!) in die Sprachen überetzt werden, die zur angemessenen Verbreitung dieser Akten notwendig sind. — Also auch beim „inter“-nationalen Arbeitsamt wird der Kampf gegen alles Deutsche geführt.

### Vom Völkerbundsrat.

London, 7. Okt. Der Völkerbundsrat hat nunmehr Einladungen an seine Mitglieder und an Amerika für die erste Generalversammlung der Allgemeinen Konferenz ergehen lassen, die am 20. Januar in Barcelona zusammentreten soll, um die Verkehrsfragen zu regeln. — Die Tagesordnung umfaßt den Plan der Gründung eines ständigen Organismus sowie die Ausarbeitung allgemeiner Abkommen über das internationale Regime der Eisenbahnen, Schifffahrtslinien, der Häfen und des Durchgangsverkehrs.

### Bulgarische Hoffnungen.

Mailand, 7. Okt. Nachrichten aus Rom besagen, daß der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski demnächst in Rom eintreffen werde, und bei dieser Gelegenheit die Zustimmung der italienischen Regierung zur Revision des Vertrages von Versailles zu erlangen hoffe.

### Eine amerikanische Erklärung über Mexiko.

Newport, 7. Okt. (Durch Funkpruch.) Nach einer Meldung der „Newport Times“ stellt das Staatsdepartement amtlich in Abrede, daß im Jahre 1917 ein Geheimabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich bezüglich eines Protektorats über Mexiko abgeschlossen wurde. — Man kennt diese Dementis.

### Die japanische Einwanderung in Australien.

(W.B.) London, 7. Okt. Das Reutersche Bureau erhielt ein Telegramm, daß die Zahl der japanischen Einwanderer im südlichen Australien stetig steige. Sie widmeten sich der Perlenfischerei, was Beunruhigung hervorruft. Man erkläre deshalb, daß vom Donnerstag ab die interessierten Gesellschaften in dieser Industrie nur malaische Eingeborene einstellen und die Japaner nach Japan zurückzuführen würden.

## Ausland.

### Schulstreik gegen die Erdrosselung der deutschen Schulen in Böhmen.

Reichenberg i. B., 7. Okt. Wie die „Reichenberger Ztg.“ meldet, wurde als Protest gegen die Erdrosselung der deutschen Schulen in Böhmen durch die tschechische Regierung vom Deutschen Parlamentarischen Verband für Freitag, den 8., und Samstag, den 9. Oktober der allgemeine Schulstreik der ganzen Republik beschlossen. — Im Deutschen Parlamentarischen Verband sind vereinigt: Die Deutschnationalen, der Bund der Landwirte, die Deutsche Christlich-soziale Partei und die Deutsch-demokratische Freiheitspartei.

### Zusammenstöße bei Besetzung des Großgrundbesitzes in Italien.

(W.B.) Rom, 7. Okt. Nach einer Meldung der „Epoca“ ist es in der Provinz Syrakus bei der Besetzung eines Großgrundbesitzes durch Bauern zu einem Zusammenstoß gekommen, bei dem zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

### Ein technisches Parlament in Italien.

(W.B.) Rom, 7. Okt. (Stefani.) Wie die „Epoca“ meldet, haben der Landwirtschaftsminister Labriola und der oberste Arbeiterrat einen Entwurf ausgearbeitet, der die Schaffung eines technischen Parlaments neben dem politischen Parlament verlangt. Dieses technische Parlament soll aus 115 Mitgliedern zusammengesetzt sein und Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber umfassen, die auch von diesen beiden Kategorien zu wählen wären. Unter den Aufgaben des technischen Parlaments wird auch die Überwachung der Gesetze, welche sich auf industrielle Arbeit usw. beziehen, angeführt.

### Von der englischen Bergarbeiterbewegung.

Paris, 8. Okt. Havas meldet aus London: Anlässlich einer Beisprechung mit dem Führer der Bergleute gab Smillie diesen Rat, bei der Abstimmung auf Annahme des Angebots der Arbeitgeber im Sinne einer provisorischen Maßnahme zu stimmen und während weiterer drei Monate auf ihren Posten zu bleiben, bis zu welchem Zeitpunkte ein nationales, die Bergleute zufriedenstellendes Abkommen getroffen sein werde.

London, 6. Okt. In Südwalles, Derbyshire, Nottinghamshire, Lancashire, Cambridgeshire und anderen Kohlenbezirken

wurde heute zum Protest gegen die vorgeschlagene Besetzung des Konflikts gestreift. In zahlreichen Bezirken waren Streikposten der sogenannten „kommunistischen roten Gardisten“ gebildet, die die Bergleute durch Drohungen an der Einfahrt verhindern wollten. Auf einem Bergwerk in Cambridgeshire führten 300 Bergleute trotz der Streikposten ein.

### Der irische Freiheitskampf.

London, 8. Okt. Der Verkehr im Hafen von Dublin ist gegenwärtig durch den Seelenteufel vollständig eingestellt. Man glaubt, daß die Zahl der Streikenden am nächsten Samstag auf 10 000 steigen wird.

Belfast, 7. Okt. Die Truppen haben in der vergangenen Nacht und heute früh zahlreiche Durchsuchungen vorgenommen. Angriffe der Sinn Feiner, die den Charakter einer Guerilla-Kriegsführung hatten, wurden sämtlich zurückgeschlagen.

### Amerika.

London, 7. Okt. Aus Washington berichtet das „Stutt. Neue Tagbl.“: Die Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten mit Ausnahme der auswärtigen Besetzungen beträgt nach einer Statistik des Einwohneramtes 105 786 000 Personen. Die Zunahme seit 1910 stellt sich auf 13 795 000 Personen oder auf rund 15 Proz. Diese Zunahme ist die niedrigste in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Schuld daran trägt hauptsächlich der Weltkrieg. In den Jahren 1901—1910 betrug die Einwanderung 8 795 000 Personen, für die Zeit zwischen 1911 bis zum 30. Juni 1920 jedoch nur 5 927 000 Personen. Die größte Auswanderung fand in den Jahren 1910 bis 1920 statt.

Die National-City-Bank in New York schätzt, daß der Exporthandel der Vereinigten Staaten für 1920 sich auf 14 Milliarden Dollars stellt gegen 11 Milliarden im Jahr 1919, 9 Milliarden im Jahre 1918, 5 Milliarden im Jahr 1915 und 4,2 Milliarden im Jahr 1913.

Das Schiffsamt der Vereinigten Staaten hat 1500 Dampfer mit einer Gesamttonnage von ungefähr 9 Millionen Tonnen an Privatunternehmer verlaufen. Annähernd 90 Proz. der Dampfer sind Frachtdampfer.

## Deutschland.

### Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 7. Okt. Der Reichstag tritt am 19. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr zusammen.

### Der Reichsrat und der Reichshaushaltsabmangel.

Berlin, 7. Okt. Der Reichsrat nahm eine Entschließung an die Reichsregierung an, in der es heißt: Die Ausgaben in dem dem Reichsrat vorgelegten Reichshaushaltsentwurf für 1920 vermehren sich, wie erst festzustellen möglich gewesen ist, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen zur Unterhaltung des Besatzungsheeres in den Rheinlanden auf 91,5 Milliarden Mark. Ungeachtet hiervon sind 49,7 Milliarden Mark. Der Gesamtschuldbetrag unter Einschluß des Fehlbetrags bei der Eisenbahn- und der Postverwaltung beträgt somit 67,7 Milliarden Mark. Die Finanzlage ist hiernach so ernst, daß das Gehalt strengster und rücksichtslosester Einschränkung der Ausgaben nicht als neue betont zu werden braucht. Je mehr zudem die Gestaltung des Haushalts von den in ihren Aufmäßen ungeheuren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages hergeleiteten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängt, umso zwingender ergibt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten die starke Minderung der Ausgabe eintreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministeriums auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Bemessung in unserer Hand liegt. An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschließungen so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparmaßnahmen bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Machtbefugnissen auszustatten, erreicht wird.

### Der preußische Innenminister über Oberschlesien und das Verhältnis zu Polen.

\* Berlin, 7. Okt. Das „Berl. Tgl.“ teilt den Inhalt einer Unterredung des preuß. Innenministers Severing mit dem Vertreter des „Petit Parisien“, Loutre, über Oberschlesien mit. Auf die Frage, ob die preußische Regierung Oberschlesien eine Art Autonomie gewähren wolle, antwortete der Minister, daß der Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung die Rechte aller Provinzen erweitert habe. Ferner betonte der Minister, das Autonomiegesetz könne unmöglich gegen den Friedensvertrag verstoßen, da es keine besondere Autonomie für Oberschlesien verspräche. Auf besondere Wünsche ober-schlesischer Kreise erklärte die Reichsregierung im Einvernehmen mit der preußischen Regierung, daß, wenn die Abstimmung in Oberschlesien das Verbleiben bei Deutschland ergebe, die bundesstaatliche Autonomie gewährt werde, sobald ein Volksbegehren das fordern sollte. Auch dieser Vorschlag würde dem Friedensvertrag nicht widersprechen. Polen habe bereits am 15. Juli in einem Verfassungsentwurf eine Wojewodschaft Schlesiens vorgezogen. — Zur Frage der Volksabstimmung betonte der Minister, das Datum spiele keine wesentliche Rolle, vorausgesetzt, daß die Abstimmung uneingeschränkt und frei von jedem Terror stattfinden könne. Er hoffe, General Lerond und die übrigen Mitglieder des alliierten Ausschusses würden alles aufbieten, um die Abstimmung sicherzustellen. Was das Verhältnis zu Polen anlangt, so sei der Verlust preußischer Gebietsteile an Polen schmerzhaft und überall werde der Wunsch laut nach einer Aenderung dieses Zustandes durch eine Korrektur des Versailler Vertrages. Der Minister sei bemüht, ein erträgliches Verhältnis mit Polen herzustellen. Sei auf polnischer Seite das gleiche Bestreben vorhanden, dann sei er überzeugt, daß es zu einem erträglichen Verhältnis kommen werde.

### Die Entwaffnung.

Berlin, 7. Okt. In der gestrigen Sitzung des parlamentarischen Beirats gab der Reichskommissar für die Entwaffnung,

Dr. Peters, Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffenablieferung. In den zehn ersten Ablieferungstagen sind abgegeben worden: 122 000 Gewehre und Karabiner, 913 Maschinengewehre, 239 Maschinepistolen, 17 Geschütze, 11 Minenwerfer, 13 Flammenwerfer, 3 660 000 Schuß Handwaffenmunition, 14 931 Hand- und Gewehrgranaten, 111 000 Handgranatenzünder und Sprengkapseln, sowie eine sehr große Anzahl von Waffenteilen, darunter 8 Geschützrohre, 76 Geschützverschlüsse, 151 Richtvorrichtungen, 3590 Maschinengewehrläufe, 4850 Maschinengewehrklüppel, 19 900 Gewehr- und Karabinerläufe und 19 300 Schließer.

### Frankfurter Messe.

Frankfurt a. M., 5. Okt. Zahlreiche Abgeordnete, sowie eine große Anzahl Vertreter fremder Missionen besuchten heute die Frankfurter Messe und sprachen sich anerkennend über das Gesehene aus. Neben Vertretern der Neutralen erklärte man die amtlichen Vertreter und Konsuln Englands, Frankreichs und Italiens, sowie Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika und Argentinien. Von der Reichsregierung war Reichswirtschaftsminister Scholz erschienen, von den süddeutschen Staaten die Staatsoberhäupter und zahlreiche Minister. — Nach einem Rundgang durch die Messe fand eine Begrüßung im Festsaal des „Frankfurter Hofes“ durch Stadtrat Dr. Landmann statt. — Reichswirtschaftsminister Scholz hob hervor, daß die Erwartungen der Vertreter der Regierungen weit- aus übertraffen worden seien, vor allem was die Ausstellung „Das deutsche Buch“ betreffe. Was Kultur und Technik betreffe, so scheine das deutsche Volk auch ferner berufen zu sein, hier Führer zu bleiben. Der Vordredner habe mit Recht betont, daß unsere gesamte Wirtschaft vom Ausland mehr oder weniger abhängig und daß die Frage unseres Ansehens im Ausland einen entscheidenden Einfluß auf unsere Wirtschaft ausübe. Man könne deshalb der Stadt Frankfurt gar nicht dankbar genug sein, daß sie die Mühe und das Risiko auf sich genommen habe, durch diese Messe zu zeigen, daß wir in Deutschland gesonnen seien, unsere Außenhandelsbeziehungen mit aller Kraft weiter zu pflegen.

### Entlassung wegen Streiks.

\* Kiel, 7. Okt. Die Howaldtwerke haben gestern ihren sämtlichen Arbeitern wegen Niederlegung der Arbeit und Verlassens der Arbeitsstätte die Entlassung ausgesprochen.

### Theaterstreik.

Frankfurt-Rain, 8. Okt. Im Neuen Theater ist das gesamte Solopersonal gestern Abend bei vollbesetztem Hause plötzlich in den Ausstand getreten. Die Ursache ist die Entlassung des Obmanns des Betriebsrats, die aus rein persönlichen Gründen erfolgt sein soll. In einer Versammlung des Personals, der auch der Direktor beiwohnte, wurde ohne Anführung des Direktors der Streik beschlossen.

### Glückliche Stadt.

Die Stadt Weidenburg in Bayern besitzt große Gemeinewaldungen. In diesem Jahr betrug der Mehrerlös aus diesen 2 650 000 M. Nach Abzug der Betriebskosten konnte die Gemeinde bewilligen: 200 000 M für einen Rathausneubau, 250 000 M für die Erweiterung des Hauptschulgebäudes und Schaffung von Unterrichtsräumen für die Berufsbildungsschule, 100 000 M für die Erweiterung der Realschule, 400 000 M für die Erweiterung des Krankenhauses, 200 000 M für die Errichtung eines Bürgerheims, 250 000 M für eine Reserve zur besseren Besoldung der Beamten, 100 000 M für Behebung der Wohnungsnot.

## Betriebsrätekongress.

Berlin, 6. Okt. Der Betriebsrätekongress hat heute einstimmig eine Entschließung angenommen, die dem Protestariat Rußlands vollste Sympathie des Kongresses ausdrückt und es als Pflicht der deutschen Betriebsräte bezeichnet, jede Herstellung und den Transport von Waffen und Munition, die gegen Rußland verwendet werden könnten, mit allen Mitteln zu unterbinden.

Berlin, 6. Okt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Betriebsrätekongresses teilte Vorsitzender Grafmann mit, daß die Arbeitslosen vor dem Lokal sich nur zufrieden geben wollten, wenn ihre Delegierten nicht nur als Gäste, sondern mit beratender und beschließender Stimme zugelassen würden. Der Kongress beschloß, das Verlangen der Arbeitslosen zu erfüllen.

### Der Betriebsrätekongress zum Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 7. Okt. Der Betriebsrätekongress hat eine Entschließung angenommen, worin angesichts der Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe der Kongress die Solidarität der Arbeiterschaft betont und die Sache der Arbeiter im Zeitungsgewerbe für die Angelegenheit der Arbeiter ganz Deutschlands erklärt.

### Schluß des Kongresses.

Berlin, 8. Okt. Der Betriebsrätekongress beschloß in seiner gestrigen Nachmittagsitzung mit 459 gegen 354 Stimmen, außerhalb der Tagesordnung den Bericht des russischen Delegierten Losowsky über die Organisation der russischen Betriebsräte anzuhören. Losowsky erstattete hierauf diesen Bericht. Nach Schluß der Aussprache über die Aufgaben der Betriebsräte wurden die inzwischen von Ditzmann eingebrachten Richtlinien, sowie der Antrag Ditzmann, die Forderung einer Produktionskontrolle an die Reichsregierung und den Reichstag zu stellen, angenommen. Angenommen wurde ferner u. a. ein Antrag, die nächste Betriebsräteversammlung außerhalb Berlins stattfinden zu lassen. Der Vorschlag der Kongressleitung für den Aufbau der Betriebsräte im einzelnen wurde genehmigt. Ein Vertreter der Opposition forderte seine Gefinnungsgenossen auf, sofort nach Schluß der Sitzung zusammenzutreten, um zu den Beschlüssen des Kongresses Stellung zu nehmen. Nach einem Schlußwort von Aufhäuser wurde der Kongress geschlossen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Oktober 1920.

### Vom Rathaus.

\* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand gestern nachmittag eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. — Der Krankenpflegeverein spricht seinen Dank aus für die schöne Gabe anlässlich des 50jährigen Jubiläums seines Bestehens, auch von privater Seite wurden dem Verein erhebliche Spenden zuteil. — Stadtschultheißenamtssekretär Braun hat eine Stellung bei der Stadtgemeinde Geislingen als Aktuar angenommen; auf die neu ausgeschriebene Stelle haben sich 4 Bewerber gemeldet, von denen der 25 Jahre alte Arthur Hengstberger von Ebingen angestellt wurde. Er erhält ein Gehalt von 900 M.; die Gehälter einiger schon länger angestellten und älteren Herren müssen entsprechend neu reguliert werden. — Das Ernährungsministerium fragt an, was die Gemeinden mit dem zunehmenden Abbau der Zwangswirtschaft von der Einrichtung von Preisprüfungsstellen halten. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Einrichtung von Preisprüfungsstellen nur Wert hätte, wenn die Ueberschreitung dieser Preise auch unter allen Umständen verfolgt werde. Meinungsverschiedenheit bestand darüber, ob bei Ueberschreitung der Verkäufer wie der Käufer bestraft werden solle, oder nur der Verkäufer, der dann befürchten müsse, er könne vom Käufer angezeigt werden. Die Preisprüfungsstellen sollen paritätisch von Erzeugern und Verbrauchern, sowie von unbeteiligten Sachverständigen besetzt sein; letztere sollen jedoch nur beratende Stimme haben. Von verschiedener Seite wurde darauf hingewiesen, daß trotz der Abmachungen mit den Erzeugerorganisationen über Kartoffel- und Obstpreise diese Preise nirgends — namentlich aber nicht im Bezirk Calw — eingehalten worden seien. Im allgemeinen stand man also diesen Preisprüfungsstellen sehr pessimistisch gegenüber, weil man sich keine Hilfe gegenüber den Preisstärkern verspricht. — Genehmigt wurde die vorgeschlagene Aenderung der ortspolizeilichen Vorschriften über den Marktverkehr. Danach darf der Handel mit Gegenständen des Marktes außerhalb desselben vormittags nicht stattfinden; auch dürfen Händler vor vormittags 9 Uhr nicht auf dem Markt aufkaufen. Bei Obst, Gemüse und andern Lebensmitteln muß der genaue Preis an den Waren angebracht werden. Eine Abgabe zum angelegten Preise dürfte nicht verweigert werden. — GR. Stüber bemerkte zu der Vorlesung der Preisaussetzung für alle Artikel, daß der Gewerbeverein sich dagegen ablehnend verhalte; überdies würden sich heute die Preise für gewerbliche Waren von selbst regeln durch die Konkurrenz. — Die im Frühjahr geplante Zuleitung von Elektrizität in die Gebäude am Kapellenberg soll nun ausgeführt werden. — Die Anregung von Hauptlehrer Seebert, den im Sommer recht gut besuchten Handfertigkeitsunterricht auch im Winter fortzusetzen, wurde gutgeheißen. — Auf Veranlassung des Versicherungsamts Calw wurden Vorschläge zur Neuregelung der Ortslöhne, deren Höhe für Anhebung der Arbeitslosen-, sowie Krankentassenunterstützung maßgebend ist, gemacht. Bisher betrug der ortspolizeiliche Lohn für ungelernete männliche Arbeiter unter 16 Jahren 3 M., für weibliche 2.50 M., für Arbeiter bzw. Arbeiterinnen zwischen 16 und 21 Jahren 5 M. bzw. 3.50 M., über 21 Jahren 6 M. bzw. 4.50 M. Die Stadtpflege schlägt eine Erhöhung auf 6 bzw. 4 M., 8 bzw. 6 M. und 10 bzw. 8 M. vor. — GR. May wünschte im Hinblick auf die Arbeitslosenunterstützung und die teuren Lebensverhältnisse in Calw folgende Steigerung: 10 bzw. 8 M., 12 bzw. 10 M. und 16 bzw. 12 M. Dieser Vorschlag wurde jedoch für aussichtslos und außerdem zu hoch erklärt. Man einigte sich schließlich darauf, daß der ortspolizeiliche Lohn für Arbeiter unter 16 Jahren auf 6 bzw. 4 M., für 16- bis 21jährige auf 9 bzw. 7 M., für über 21jährige auf 14 bzw. 10 M. festgesetzt werden sollte. — Im Lebensmittelausschuß wurde im Hinblick auf die hohen Kartoffelpreise der Vorschlag gemacht, Kartoffel für Minderbemittelte aufzukaufen. Es wurde beschlossen, 600 Ztr. zu kaufen, im übrigen aber dem Handel keine Konkurrenz zu machen. Minderbemittelte können Vorschüsse erhalten. — Entsprechend einem Plane von Oberamtsbaumwart Widmann wird am neuen Gewerbeschulgebäude eine Obstanlage angebracht werden. — Auf dem Soldatenfriedhof sollen die Soldatengräber einheitlich hergestellte Steinkreuze erhalten; die Kosten werden von der Stadt getragen.

### Amfrage über die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa.

Der Verband württemb. Industrieller und die Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände erlassen zurzeit eine Amfrage über die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa. Zur Stellungnahme gegen anderslautende französische Pressebemerkungen und als Material für die Verhandlungen in Genf sei es dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung von großer Wichtigkeit, die schädigenden Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa auf die Brennstoffversorgung der deutschen Industrie festzustellen. Als Beweismaterial sollen möglichst vollständig die Betriebseinstellungen bezw. Einschränkungen wegen Brennstoffmangels seit dem Abkommen von Spa zusammengestellt werden.

### Eine württembergische Viehzentrale.

Kürzlich wurde in Stuttgart in der Landwirtschaftskammer eine württemb. Viehzentrale gegründet. Der Aufsichtsrat besteht aus Mitgliedern der Landwirtschaftskammer, der Viehverwertungsgenossenschaft und Viehhändlern. Die Viehzentrale hat die Aufgabe, das in Württemberg überschüssige Vieh aufzukaufen und zum Verkauf zu bringen. Was an Vieh auf dem Landesviehmarkt in Stuttgart nicht abgesetzt wird, wird von der Viehzentrale übernommen und außerhalb der schwarzroten Grenze abgesetzt. Zum Ankauf von Vieh sind lediglich Händler zugelassen, die schon 1914 dieses Gewerbe betrieben, und die Viehverwertungsgenossenschaft. Die neue Einrichtung ist der erste Versuch, die Fleischversorgung und Viehverwertung durch eine Organisation zu regeln, die gemeinschaftlich aus Erzeugern und Händlern gebildet ist.

### Amfrage über die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa.

Der Verband württemb. Industrieller und die Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände erlassen zurzeit eine Amfrage über die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa. Zur Stellungnahme gegen anderslautende französische Pressebemerkungen und als Material für die Verhandlungen in Genf sei es dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung von großer Wichtigkeit, die schädigenden Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa auf die Brennstoffversorgung der deutschen Industrie festzustellen. Als Beweismaterial sollen möglichst vollständig die Betriebseinstellungen bezw. Einschränkungen wegen Brennstoffmangels seit dem Abkommen von Spa zusammengestellt werden.

### Deutsche Volkspartei und Einwohnerwehr.

Am vergangenen Samstag fand eine gemeinschaftliche Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses und der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Württemberg statt, bei der neben wichtigen organisatorischen und politischen Fragen auch die Frage der Einwohnerwehr eingehend behandelt wurde. Als Niederschlag der Erörterungen wurde einmütig folgende Entschliebung gefaßt, die der Staatsregierung überreicht wurde: „In Ansehung der außerordentlichen Bedeutung der württ. Einwohnerwehr für den Schutz der Befassung und geordneter Zustände im Lande erwartet die Deutsche Volkspartei von der württ. Staatsregierung, daß diese an der bisherigen Einwohnerwehr in keiner Weise rütteln läßt und daß die Wehr als staatliches Organ unverändert aufrecht erhalten bleibt.“

### Reichs- oder Landesdienst.

Die vereinigten Beiräte von Bahn und Post haben kürzlich einstimmig den Beschluß gefaßt: Die Oberpostdirektion Stuttgart zu eruchen, die Befragung des Personals über den weiteren Verbleib im Staatsdienst frühestens am 1. November vorzunehmen und inzwischen abgegebene Erklärungen als ungültig zu behandeln. Es ist aber zu hoffen, daß bis zu diesem Tage die Ergebnisse der Einstufungsverhandlungen vorliegen und daß dann die Befragung ohne weiteres vor sich gehen kann. Die Befragung im jetzigen Augenblick ist verfrüht, da die einzelnen Beamten noch keine Unterlagen für ihre Entscheidung haben.

### Die Ententekontrolle der Industrie.

Der Friedensvertrag mit seinen bekannten Abrüstungsvorschriften sieht auch eine Kontrolle aller Fabriken vor, die Kriegsmaterial für das Heer geliefert haben. Auch die zur Herstellung bestimmten Maschinen, Werkzeuge usw. sind unter diese Auslieferungsvorschriften gestellt. 130 württemb. Fabriken sind bereits von der verbandstaatlichen Kontrollkommission in Stuttgart befragt worden.

### Landesverband württ. Amtskörperschaften.

In vergangener Woche wurde in Stuttgart, nachdem 51 Amtskörperschaften ihren Beitritt erklärt hatten, der Landesverband württ. Amtskörperschaften gegründet. Er hat den Zweck, die gemeinsamen Rechte und Interessen der Amtskörperschaften zu wahren und Gutachten über wichtige, die Amtskörperschaften berührende Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung abzugeben. Zum Vorsitzenden wurde Oberamtmann Richter (Eßlingen), zu seinem Stellvertreter Oberbürgermeister Hepp (Neutlingen) gewählt.

### Nachklänge zum Generalstreik.

(SCB.) Stuttgart, 7. Okt. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts über die Entlassungen aus der Privatindustrie haben ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Es wurden mehr als 100 Fälle behandelt, 36 Einsprüche von Arbeitern wurden abgewiesen, die Arbeiter bleiben also entlassen. Bei 11 weiteren wurde gleichfalls die Nichtwiedereinstellung ausgesprochen, aber auf eine kleine Geldentschädigung erkannt. In 84 Fällen lautete das Urteil auf Wiedereinstellung oder Entschädigung. Wird von der Industrie auf die Wiedereinstellung verzichtet, so muß sie in letzterem Fall über 177 000 M. Entschädigung zahlen.

### Mutmaßliches Wetter am Samstag u. Sonntag.

Der neue Luftwirbel im Westen zieht langsam herauf. Borerst überwiegt bei uns noch der Hochdruck. Am Samstag und Sonntag ist zwar zunehmend bedecktes aber noch meist trockenes Wetter zu erwarten.

(SCB.) Wildbad, 7. Okt. In der zu Ende gehenden Kurzeit wurden über 110 000 Bäder abgegeben, d. h. mehr als in jedem Jahr des Kriegs. 1913 betrug die Höchstzahl 155 000. Die Geschäftsleute sind sehr befriedigt.

(SCB.) Leonberg, 7. Okt. Die neue Autolinie von hier nach Wimsheim wurde in Betrieb genommen. An der ersten Fahrt beteiligte sich der Oberamtsvorstand, Vertreter des Bezirksrats und der beteiligten Gemeinden von hier; Rutesheim, Perouse, Fritolzhelm und Wimsheim. Durch die neue Linie kann die Landeshauptstadt aus den entlegenen Orten in zwei Stunden erreicht werden.

(SCB.) Stuttgart, 7. Okt. Das Zunehmen der Maul- und Klauenseuche verursachte in letzter Zeit eine weitere Abnahme der Milchlieferung. Es werden künftig Kinder über 6 Jahre nicht mehr beliefert. Ja selbst die Kinder von 4 bis 6 Jahren und die über 70 Jahre alten Personen und Kranken können nicht regelmäßig mit süßer Milch versorgt werden. Die Notlage der städtischen Bevölkerung, die sich aus dieser Mitteilung widerspiegelt, muß ans Herz greifen.

(SCB.) Tübingen, 7. Okt. Die Tübinger Studentenschaft richtet an alle ehemaligen Tübinger Studenten und Freunde der schwäbischen Landesuniversität einen dringenden Hilferuf um Gaben zur Errichtung eines allgemeinen Studentenhauses und einer Studentenküche. Es ist geplant, ein großes Haus zu kaufen, um dort an einem allgemeinen Studententisch eine gute und billige Verpflegung zu liefern. Hinter dem Beschluß und den Aufruf stellen sich das Rektorat, der Studentenausschuß und die Stadt.

(SCB.) Balingen, 7. Okt. Vorige Woche fand in Engstlatt eine größere Versteigerung landwirtschaftlicher Fahrnis statt. Ein fremder Händler erstand dabei ein Pferd um 13 000 M. Zwei Stunden später löste er im benachbarten Bisingen für das Tier — 18 000 M.!

(SCB.) Heilbronn, 7. Oktober. Das zurzeit hier liegende 3. Bataillon des Schützenregiments 113 soll Mitte des Monats nach Meiningen verlegt werden. Oberbürgermeister Dr. Göbel ist nun beim Reichswehrminister persönlich um Rückgängigmachung des Verlegungsbefehls und Befassung des Bataillons in Heilbronn vorstellig geworden. Auch die Regierung von Württemberg und Baden wurde um Unterstützung dieses Gesuchs gebeten.

(SCB.) Nürtingen, 7. Okt. Der Siedlungsverein und die Bezirksbauernschaft unter Führung der Stadt und des Staats erklären sich bereit, etwa 40 bis 50 Wohnhäuser in zwei Bauperioden zu erstellen. Zunächst käme die Erstellung von 20 bis 25 Wohnstätten in Frage. Der Gemeinderat stellt mit 14 gegen 3 Stimmen seine Bereitwilligkeit in Aussicht, in Gemeinschaft mit dem Staat nach näherer Vereinbarung für die Erstellung von zunächst 20 bis 25 Wohnstätten die Bürgerschaft im Sinne des Wohnungsbürgerschaftsgesetzes zu übernehmen. Die erste Häusergruppe soll wenn möglich noch vor dem Winter im Rohbau unter Dach kommen.

(SCB.) Gmünd, 7. Okt. Der Gemeinderat beschloß, dem Konsumverein ein zinsloses Darlehen von 100 000 M zu gewähren zur Versorgung der Minderbemittelten mit Kartoffeln. Auch die städtischen Angestellten erhalten Beschaffungsbeihilfen als Gehaltsvorschüsse. Den Rostandarbeitern wird eine Beschaffungsbeihilfe wie den Arbeitern bei der hiesigen Industrie gewährt. Die Hälfte dieser Beihilfen ist zurückzuerstatten.

(SCB.) Vom Ries, 7. Okt. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß sich der Kriegsinvalide Georg Heinlein von Geilsheim (B.A. Dinkelsbühl) erschossen habe. Die gerichtliche Untersuchung hat nun ergeben, daß nicht Selbstmord, sondern Mord vorliegt. Bei der Sezierung stellte sich heraus, daß Heinlein einen schweren Schlag auf den Kopf und einen Schuß erhalten hatte. Die Kugel war von hinten in den Kopf eingedrungen.

(SCB.) Ulm, 7. Okt. Die Grenadiereinfahrt in der Karlsruferstraße ist von der staatlichen Ortspolizei Ulm, die Zeugheuseinfahrt von den Reichsvermögensämtern belegt. Nicht mehr von Truppen benötigt sind außerdem die Wengens, Deutschhaus- und die Gaisbergkaserne in Ulm und die Fußartilleriekaserne in Neu-Ulm.

(SCB.) Ulm, 7. Okt. Es suchen hier 2300 Familien Wohnung, davon sind 233 Gesuche sehr dringend. Im September wurden 130 Personen, die zuziehen wollten, abgewiesen.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Evangelische Gottesdienste.

19. Sonntag nach Trinitatis, 10. Oktober. Vom Turm: 3.46. Predigt: 3.21. „Der Glaube bricht durch Stahl“. 9 1/2 Uhr: Vormittagspredigt Stadtpfarrer Schmid. 1 Uhr: Christenlehre mit den Töchtern des älteren Jahrgangs. Donnerstag, 14. Okt. 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmid.

#### Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 10. Okt. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag 8 Uhr: Gottesdienst in Liebenzell, Dienstag 9 Uhr: Gottesdienst in Bad Teinach.

Gottesdienste in der Methodisten-Gemeinde. Sonntag, 10. Okt. 1920. Vorm. 10 Uhr Predigt Flöber 11 Uhr Sonntagschule. Nachm. 2 Uhr Jugendbundesversammlung Abends 8 Uhr Predigt Stoob. Mittwoch 8 1/2 Uhr Bibelstunde Flöber. Stammheim: Vorm. 10 Uhr und nachm. 2 Uhr: Raichle. Mittwoch 8 1/2 Uhr Bibelstunde: Raichle.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchliger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Reklameteil.

Die moderne Zahnkultur empfiehlt ständigen Gebrauch von Zahnwohl

### Aufforderung zur Besteuerung der Hunde.

Die Hundebesitzer werden auf folgende Bestimmungen aufmerksam gemacht:

1. Wer nach dem 1. April einen steuerpflichtigen Hund zu halten beginnt, hat hiervon binnen 2 Wochen der Stadtpflege Anzeige zu machen und vom nächsten Quartal an die Abgabe für den Rest des Jahres zu entrichten, ohne Rücksicht darauf, ob der Hund von einem früheren Besitzer auf die gleiche Zeit versteuert worden ist.
2. Wenn ein junger Hund das Alter von 3 Monaten erreicht hat, ist er von dem Besitzer binnen 2 Wochen anzuzeigen.
3. Diese Anzeigen müssen von den Hundebesitzern unter allen Umständen gemacht werden, auch wenn die Hundepflichtigkeitsanzeige aufgenommen sind, denn die polizeiliche Ausnahme erfolgt lediglich zum Zweck der Entdeckung von Steuergefährdungen.
4. Wer die Anzeige eines zu versteuernden Hundes unterläßt, wird mit dem dreifachen Betrag der gefährdeten Abgabe bestraft.

Calw, den 7. Oktober 1920.

Stadtpflege: Frey.

**Oberhollbach.**  
Im Wege der Zwangsvollstreckung kommt am Samstag, den 9. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, gegen bare Bezahlung zur Versteigerung:  
**1 bereits neues Plüschsofa.**  
Zusammenkunft b. Rathaus. Gerichtsvollzieher beim Amtsgerichts Calw: Dlugemach.

Beim Fest im Missionshaus in Liebzell wurde ein **Saïrm verwechselt.**  
Bitte denselb. umzutausch. bei **Joh. Bertsch, Baumwart, Ottenbronn.**

Einem dankten **Maßanzug,** sowie eine moderne, gestrickte **Saïde** hat preiswert zu verkaufen **J. Külle, Damenschneiderei Zwinger 300.**

**Verloren**  
ging ein brauner **Anzugstoff** auf dem Wege von Schmied nach Röttenbach. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben b. Schultheißenamt Röttenbach abzugeben.

**Nebegewandter Herr,**  
unbescholten, nicht unter 21 Jahren, wird zur Vermittlung von Lebens-, Kinder- und Sterbeversicherungen von gut einsehender Gesellschaft gesucht. Kenntnisse nicht erforderlich, da Einarbeitung erfolgt. Schon nach kurzer Probezeit erfolgt evtl. Vertrag. Anstellung mit hob. festen u. steig. Bezügen. Leute, denen an dauernder Stellung gelegen ist und genannte Eigenschaften besitzen, wollen Off. unt. S. T. 3666 an **Ma Haafenstein & Vogler, in Stuttgart** einreichen.

Zur Ausführung **elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,** auch für städtische Arbeiten zugelassen empfiehlt sich **Adolf Braun, Biergasse, Installations-Geschäft.**

**Prima neue Tute-Säcke**  
empfehlen **Georg Wohlgemuth, Liebzell, Fernsprecher Nr. 44.**

**Bruchkranke**  
können ohne Operation und Berufshinderung geheilt werden. Sprechstunde in Pforzheim Bahnhof Pforzheim am 12. Oktbr. von 10-1 Uhr.  
**Dr. med. Knopf, Spezialarzt für Bruchleiden.**

Zu verkaufen:  
Ein **Rappferd** (Schimmelwallach),  
verkaufter Einzelpänner, gut im Zug, auch für die Landwirtschaft geeignet.  
**Gotthilf Steinbiber Calw, Vorkl. 1.**

Zu verkaufen:  
1 eiserne Kinderbettlade mit Matratze, sowie einen Blumentisch.  
Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes.  
Habe **200 bis 300 3/4 Eimer-Rörbe** zu verkaufen.  
**Röhm-Dalcolmo.**  
Ferner empfehle frisch eingetroffene **Quitten.**  
Der Döige.

## A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

### Die wirkungsvolle Ausstattung von Reklamedrucksachen bedingt stets deren Erfolg!

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

---

**Wirklich zweckentsprechende Drucksachen bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist**

**Die Spöhrer'sche Höhere Handelsschule** sucht für einige Stunden **einen Jungen** zu Botengängen.

**2 noch sehr schöne Bettstoffe** mit Kopfkissen, neu gerichtet, sowie 1 lackierte **Bettstelle** zu verkaufen.  
Näheres **M. Wentsch, Latmühle.**



Alle **Musikinstrumente** für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, einer Zuhör-, Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt **Musikhaus Eurtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17** Arkadenriedlebach-Rohrbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.

Getragene weiße **Herren-Filz-Hüte** werden wie neu **umgeformt** und hergerichtet.  
**Joh. Kressel, Pforzheim, Genossenschaftsstr. 11, Telefon 3175.**

Kurzgefägte, trockenes **Brennholz** in Fuhren zu Mk. 70.- kann sofort geliefert werden  
**L. Rörcher, Sägewerk Hirtau.**

Für sogleich oder 15. Okt. wird ein **verlässiges Mädchen** zur Beihilfe im Haushalt gesucht.  
**Frau J. Hippelstein.**

**Hühneraugen** Hornhaut etc. beseitigt dauernd  
**Ria-Balsam!** Tausendfach bewährt. Viele Nachbestellungen Preis Mk. 3.- franko. Nur zu beziehen durch **Hofapotheke Hechingen, (Hohenz.)**

**Kaufe ständig Fleisch** h. gefall. Vieh u. gefall. Vieh, jeder Art, zu Fischfütterzwecken Ankauf amtlich erlaubt.  
**A. Gropp, Rohrdorf Nagold, Telefon 6.**

**Badischer Hof \* Calw.**  
Dienstag, den 12. Oktober 1920  
abends 8 Uhr  
**Klavier-Abend**  
von **Pianist Eugen Steiner-Stuttgart**  
Werke von Bach - Taubig, Beethoven, Chopin, Liszt.  
Eigener Flügel wird mitgebracht.  
Preise der Plätze: 1. Platz Mk. 4.40 (Nr. 1-150), 2. Platz Mk. 3.30 (Nr. 151-300), 3. Platz Mk. 2.20 (unnummeriert). Vorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr, Badstraße

**„Concordia“ Calw.**  
Samstag, den 9. Oktober, 8 Uhr im Lokal:  
**Mitglieder-Verammlung.**  
Infolge Platzmangel sind wir genötigt, verschiedenes Inventar zu veräußern u. a. ein Schrank, Kleidungsstücke und Bibliothek. Wozu wir sämtliche Mitglieder dringend einladen.  
Der Ausschuss.

**Höherer Staatsbeamter** 30 Jahre alt, sucht ein gebildetes, häuslich gefittetes, vermögendes Fräulein aus guter Familie, zwischen 20 und 24, das auch Freude an der Natur und am Wandern hat, zwecks Heirat kennen zu lernen. Vermittlung, wenn nicht durch Verwandte, nicht angenommen. Zuschriften, womöglich mit Bild, deren verschwiegene Behandlung als Ehrensache gilt, unter **M. P. 285** an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**Zimmer-Mädchen** gesucht.  
Wir suchen zum baldigen Eintritt für unsere Frauenabteilung ein fleißiges, ordentliches Zimmermädchen.  
**Verwaltung Volkshelmsstätte Charlottenhöhe Post Calmbach a. d. Eng.**

Ordentliches **Mädchen** für einige Stunden des Tages gesucht.  
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes und beim Arbeitsamt Calw.  
Kleines, guterhalteneres **Brittschenwägel** mit Bremse sofort zu kaufen gesucht.  
**Alfred Pfeiffer, Baumaterialien-Handlung.**

Samstag von 9 Uhr ab **Zwiebelkuchen und neuen Wein**  
**J. Kreuzberger.**

**Dienst-Mädchen**  
als Stütze im Haushalt zu kleiner kinderloser Familie in gut bezahlte, dauernde Stellung auf 1. November eventuell früher.  
Angebote an **Ernst Kurz, Taschen-Uhren-Großhandlung, Pforzheim, Neßlerstr. 6.**

**Kaffee** in bekannt guter Mischung,  
roh und jede Woche frisch gebrannt  
empfehlen bestens **C. Serva Fernsprech-Nr. 120.**

## Eine Steigerung der Kauflust

des Publikums lässt sich mit herbeiführen, durch ständiges Inserieren in der Tageszeitung. - Die Kosten einer Anzeige werden durch grösseren Absatz der empfohlenen Ware gedeckt!

**Alteinsteh. Person** sucht **unmöbliert. Zimmer** mit Kochgelegenheit. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Reisender** gesucht.  
Zum Besuch von Privatkundschaft usw. wird tüchtiger, redigierender Mann gesucht, für Calw und größere Umgebung auf Del, Fett und Wachs-Artikel. Solche die bereits Privatkundschaft besuchten, haben den Vorzug. Angenehme Dauerstellung. Gute Bezüge. Zuschriften unter **M. P. 285** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine **Pissoirschale** und ein **Trodenclloset** ist zu verkaufen - wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes

Die Berlin...  
Kosten ber...  
noch zuver...  
140-150 0...  
Was Jammenha...  
Franzosen...  
politisches...  
haber und...  
hin, daß e...  
truppe ver...  
wenn das...  
penmassen...  
volles Ge...  
Anspruch...  
sorgen kan...  
150 000...  
reisen fü...  
sie werden...  
neue Trup...  
dert, neue...  
Lagen föm...  
Das gilt...  
bei Kaiser...  
Feltar un...  
das man...  
könnte. E...  
rechtshel...  
depot bei...  
reichen.  
wärts ger...  
gen an S...  
massen vo...  
Bereitunge...  
überlegte...  
weitgeste...  
diese Rüs...  
fast ausf...  
den." D...  
„Diese R...  
wir im...  
warten h...  
Ein t...  
Anges...  
Berles...  
mission, u...  
erklärte de...  
befindliche...  
verhindern...  
können. I...  
tung wider...  
Arbeiten...  
stellen und...  
Mitglieder...  
horstellig...  
Schritte im...  
Bemühtun...  
Eine...  
unseres G...  
Gewerbet...  
Kohlenf...  
schmelz...  
Arbeitneh...  
zu herme...  
teilen, die...  
viele Betr...  
entschlossen...  
zuschreden...  
heute mit...  
koren räl...  
es dem...  
schon...  
Schädigung...